

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Brot und Butter“, „Jugend-Blatt“ und „Der Jugend-Blatt“. Der Preis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für den Monat Juni 42.— Mk. im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter-Abdruck bezogen für Zustellung. Täglich das Sonntags- und Feiertagsheft sowie die letzten deutschen Seiten „Volk und Welt“ 76.— Mk., für das übrige Ausland 84.— Mk.

Die beabgehaltene Konzeptions- oder deren Raum kostet 18.— Mk., einmalig und Invertheilung. Kleine Anzeigen: Das beabgehaltene Blatt 2.50 Mk., jedes weitere Blatt 1.75 Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Kontante Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das Blatt gedruckt Blatt 2.— Mk., jedes weitere Blatt 1.50 Mk.

Verlags- und Druckerei-Verlag 152 00—152 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eisenbahn-Entstaatlichung?

C. B. Was geht vor hinter den Kulissen? Warum hat sich der Reichskanzler Wirth in seiner Rede über das Reparationsproblem ausgesprochen? Ist der Kuhhandel mit den Regierungsparteien noch nicht perfekt? Will Herr Hermes wirklich die Eisenbahnen an die Morgan-Stinnes-Gruppe für ein Butterbrot ohne Butter verschachern? Die Anstrengungen der Industriekönige, eine „Entstaatlichung“, eine „Entpolitifizierung“ der Eisenbahnen durchzuführen unter dem Vorwand, dem Reich Mehreinnahmen zu verschaffen, durch Abschaffung der „unrentablen“ Staatswirtschaft sind ja nicht erst von gestern. Dr. Vogelstein hat ja bereits im Juli v. J. in einer Sitzung der Sozialisierungs-Kommission den Vogel abgeschossen mit der Frage, ob denn wohl ein Mitglied der Kommission Widerspruch zu erheben vermöchte, wenn die Industrie für die deutschen Eisenbahnen 8 Milliarden Goldmark auf den Tisch legte?

Herr Hermes scheint nun nach den unkontrollierbaren Gerüchten über die Pariser Verhandlungen es erheblich billiger machen zu wollen; nicht 8, sondern 4 Milliarden Goldmark will die Morgan-Gruppe hergeben. Aber auch diese 4 Milliarden Goldmark (1 Milliarde Dollars soll die Anleihe betragen), die das Deutsche Reich gegen noch nicht bekanntgemachte „Sicherheiten“ für Reparationszwecke erhalten soll, soll es eigentlich gar nicht erhalten; das Geld soll die Entente bekommen und Deutschland die Verpflichtungen und Sicherheiten zu stellen haben. Dafür könnte dann das Deutsche Reich ganze 1 1/2 Jahre verschlafen und seine Volkswirtschaft instand zu setzen suchen, bevor von ihm die weiteren Goldmilliarden verlangt würden. Das dem deutschen Volk vom ersten Moment der Bewilligung dieser ungeheuerlichen Zumutung der Auslieferung seiner Eisenbahnen das Messer an der Kehle säße, wäre Herrn Stinnes selbstverständlich recht.

Nichts anderes, als das Messer an die Kehle setzen bedeutet es, wenn die Personen-Fahrgelder vom 15. auf das Niveau des Vorkriegspreises (den Goldstandard) erhöht würden. Denn die Tarif-Freiheit, die sich eine künftige Morgan-Stinnes-Gruppe vorbehalten würde, würde doch eben dahin verstanden werden, die Tarife auf den Goldstandard hinaufzusetzen. Anders wäre es natürlich mit den Löhnen für Arbeiter und Angestellte; da hieße es: „Ja, Bauer, das ist eine andere Sache“, da müßte „gepart“ werden. Gepart an Arbeitslöhnen, gepart an Arbeitern und Angestellten. Die Arbeitszeit aber müßte verlängert werden. Die Eisenbahnen müßten doch „kaufmännisch“ verwaltet werden, damit sie sich „rentieren“. Und damit sie kaufmännisch verwaltet würden und Erträge brächten, müßte selbstverständlich der Reinertrag, der über die Verzinsung der amerikanischen Anleihe hinausginge, der Uebernehmergruppe in Form von Tantemen und Ueberdividenden in den Taschen geworfen werden. Möglicherweise würde ja die Mehrheit des Deutschen Reichstags, um das Gesicht zu wahren“, beschließen, daß ein gewisser Prozentsatz der Ueberdividenden dem Deutschen Reich verbleibe. Auf jeden Fall bliebe das Ergebnis dies, daß das deutsche Volk und der Reichstag in Verlehrsangelegenheiten nichts mehr zu sagen hätten. Die Uebernehmergruppe würde sicher dafür sorgen, daß das Reich nicht viel abbekäme, denn die Verzinsung allein, die die Morgan-Gruppe fordert, soll ja nicht unter 9 bis 10 Prozent betragen.

Dazu sollen aber noch ganz erhebliche Bankerprovisionen kommen und außerdem die ganze Anleihe unter Pari begeben werden. Das heißt: der wirkliche Prozentsatz für das den Entente zu übermittelnde Geld soll etwa 12 Prozent betragen. Das heißt also, daß für 1 Milliarde Dollar = 4200 Millionen Goldmark, rund 500 Millionen Goldmark Jahreszahlungen zu leisten wären und nur die über diesen Betrag hinausgehende Reiner-Einnahme könnte für eine Teilung zwischen Reich und Uebernehmergruppe in Frage kommen.

Das Ergebnis wäre also das folgende: Würden die Reiner-Einnahmen der Reichsbahnen unter unfähigen Leiden für das deutsche Volk auf den Vorkriegsstand gesteigert, das heißt auf rund 1000 Millionen Goldmark, so würden davon im vorhinein an Zinsen die Hälfte abgezogen werden müssen, für eine Anleihe, von der Deutschland in Wirklichkeit nicht einmal eine Ruhepause hätte. Das deutsche Volk würde durch die Erhöhung der Tarife sofort wie in einen Schraubstock gefaßt werden. Das einzige Ergebnis wäre, daß es keine Eisenbahnen, die ein Anlagekapital (Bankkosten) von über 18 Milliarden Goldmark beansprucht haben,

Faschistenterror in Italien

Seit der unglücklichen Spaltung der Arbeiterbewegung Italiens durch Mussolini ist den italienischen Uebernationalisten, die sich in den Faschisten (Wände) militärisch organisierten und bewaffnete Verbände geschaffen haben, der Raum mächtig geschrumpft. Sie strengen Versammlungen und Demonstrationen der Arbeiter, durchführen Morde und wenden sich, obwohl sie angeblich nur der „Ordnung“ dienen, auch gegen staatliche Organe, die ihrem Treiben entgegenstehen. Die Regierung hatte wiederholt schon einen Druck auf die Faschisten ausgeübt, um sie zur Einstellung des Terrors zu veranlassen; einmal kam auch eine Vereinbarung zwischen den Faschisten und Sozialisten über die Einstellung der Feindseligkeiten zustande, aber die Faschisten lehnten sich nicht an die Abmachungen.

In den letzten Tagen entfalteten die Faschisten wieder eine gesteigerte Tätigkeit. Zwischen Padua und Venedig sammelten sie sich in großen Haufen, um gegen die Gewerkschaften einen Vorstoß zu unternehmen. In Ferrara besetzten sie das Arbeiterheim, in Bologna machten sie vor dem Präpekturgebäude eine feindselige Demonstration, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Präpektur besetzt hatte, kam. In der Gegend wurden mehrere Gewerkschaftshäuser und Häuser von Sozialisten von den italienischen „Ordnungs“-Männern in Brand gesetzt. Um die Verständigung der Behörden zu verhindern, haben die Faschisten die Telephon- und Telegraphenleitungen durchgeschnitten.

Anlässlich der Zwischenfälle in Bologna erteilte Ministerpräsident Facta strengste Anweisungen, um zu verhindern, daß sich Faschistengruppen ansammeln und von einer Provokation in die andere überreiten. Gleichzeitig erhielt der Präpekt von Bologna Befehl zur Verhaftung der Urheber der Zerstörung von Telegraphen- und Telephonleitungen. In Bologna erfolgten gestern mittag neue Zwischenfälle. Faschisten steckten zwei weitere Genossenschaftshäuser in Brand.

(CP.) Rom, 2. Juni.

Die Protestkundgebungen der bürgerlichen Parteien und Verbände mit den Faschisten an der Spitze gegen den Präpekt von Bologna hat sich noch verschärft. Vor dem Gebäude der Präpektur fand eine neue Massenkundgebung statt. Gegen 10 Uhr versuchten Faschistenabteilungen das Gebäude zu stürmen, wurden jedoch zurückgedrängt. Später wurden 21 Faschisten verhaftet. Aus der Provinz wurden ebenfalls neue Zwischenfälle gemeldet. Mussolini hat von Rom aus auf Grund seiner Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten den in Bologna angesammelten Faschistenabteilungen die Aufgabe ihrer Konzentration befohlen. Infolgedessen hat der Abzug der Faschisten begonnen. Die Gefahr der blutigen Verwicklungen erscheint somit beseitigt.

(CP.) Bologna, 2. Juni.

Die in Bologna versammelten Faschisten unterliegen einem eigenen Militärkommando und sind streng diszipliniert. Auf Sonnabend und Sonntag ist die Zusammenkunft von 50 000 Faschisten aus der Umgegend angesetzt. Der Generaldirektor des Sicherheitsdienstes hat in Bologna Versöhnungsbestrebungen eingeleitet, um neue blutige Zwischenfälle zu verhindern. Der Anmarsch der Faschisten hat bereits begonnen.

Der Faschistenterror hat auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Parlamentsgruppe geführt. Die Mehrheit der Fraktion erklärte sich trotz der Einwendungen der Parteileitung bereit, mit ihren Stimmen ein Ministerium zu unterstützen, das die Wahrung der Gesetzgebung und der Freiheit sichert, d. h. gegen den Faschistenterror vorzugehen sich verpflichtet. Eine Depesche einer bürgerlichen Agitation besagt darüber:

(CP.) Rom, 2. Juni.

Die sozialdemokratische Parteileitung hat den Nationalrat auf den 10. bis 12. Juni nach Rom zusammenberufen zur Stellungnahme über die künftige Parteipolitik.

(CP.) Mailand, 2. Juni.

Die gesamte Lage in Bologna hat ihren Höhepunkt erreicht. Obwohl die Stadt in vier Militärteile eingeteilt ist, die von Mil-

itär überwacht werden, zeigen sich die in Bologna lagernden Faschistenabteilungen zur Fortsetzung des Kampfes bereit. Industrielle und Kaufleute sind zu einer solidarischen Protestbewegung gegen den Präpektlichen Wirt entschlossen, indem sie über alle Betriebe die Aussperrung verhängen.

(CP.) Rom, 2. Juni.

Die sozialistische Kammergruppe hat trotz der Einwände der Parteileitung, die einen Ausschluß des Beschlusses beantragt hatte, mit 44 gegen 20 Stimmen die Tagesordnung Juradinis angenommen, worin sie sich ausdrücklich bereit erklärt, mit ihren Stimmen ein Ministerium zu unterstützen, das die Wahrung der Gesetzgebung und der Freiheit sichert.

Nachträglich sind weitere 20 Abgeordnete der Tagesordnung Juradinis beigetreten, während etwa 50 bei der abschließenden Stellung verharren. Der Chefredakteur des „Abanti“, Serrati, bemerkte, die Annahme der Tagesordnung Juradinis werde eine Spaltung der Partei bewirken. Der Parteitag wird den letzten Entschluß treffen.

Gegen das Bandenwesen in Oberschlesien

(B. L. B.) Katowitz, 2. Juni.

Die Vertreter der deutschen und der polnischen Presse und der Gewerkschaften Oberschlesiens nahmen heute zu den Ereignissen im Industriegebiet Siedlung und beschloßen eine Mäße, für die Bekämpfung und Ausschaltung jedes nationalen, politischen und religiösen Terrors sowie für strenge Unterdrückung des Bandenwesens zu wirken. Gleichzeitig erhoben sie die Forderung, daß die im Zusammenhang mit dem Besetzungszustand von der Interalliierten Kontrollkommission verhängte Zensur aufgehoben wird, da diese die Presse in ihrer Arbeit für die Beruhigung und Aufklärung des Volkes hart behindere.

(B. L. B.) Sohrau, 2. Juni.

Der Pastor Gendersch wurde in seiner Wohnung überfallen und angeplündert. Er mußte flüchten.

Ueberfall auf ein Schloß

(B. L. B.) Pleß, 2. Juni.

Auf das Schloß Wilamowitz im Kreise Pleß, dessen Besitzer der Vorsitzende des deutsch-oberschlesischen Postbundes zum Schutze der Wälder, Karl Freiherr von Neidenstein, ist, wurde in der vergangenen Nacht ein Angriff verübt. Um 1 1/2 Uhr morgens wurde das eiserne Tor des Schlosses von Banditen, die mit Gewehren und Revolvern bewaffnet waren, eingeschlagen. Die Banditen stürzten dann in das Schloß, wo sie einen Resten des Besizers, einen Studenten, verhafteten. Ein Bruder des Besizers, Oberst a. D., Freiherr von Neidenstein, der sich den Banditen entgegensetzte, wurde schwer mißhandelt, so daß er blutüberströmt zu Boden stürzte und den Verlust eines Auges zu beklagen hat. Als der Oberst am Boden lag, zog die Bande wieder ab, ohne etwas zu rauben.

Der Bürgerkrieg in Irland

(CP.) Belfast, 2. Juni.

Die letzten zwei Tage waren die blutigsten, die Belfast in einem Jahre gekannt hat. Gestern wurden 14 Personen bei den Straßenkämpfen getötet und 49 verletzt. 19 Häuser wurden in Brand gesetzt. Zwei Straßen sind vollständig niedergebrannt. Mehrere hundert Personen sind obdachlos. Gestern wurden zwei britische Offiziere verhaftet, in deren Besitz wichtige Dokumente für die Sinnfeiner-Organisation gefunden wurden. Eine Gruppe von Konservativen und Mitgliedern des Oberhauses hat gestern eine Kundgebung veröffentlicht, worin erklärt wird, die gegenwärtige Verwirrung in der politischen und wirtschaftlichen, inneren und äußeren Lage sei der Koalitionsoberleitung zuzuschreiben. Die Kundgebung fordert darum die schnelle Einkleidung einer rein konservativen Regierung.

um weniger als den 4. Teil der ursprünglichen Baukosten, aus der die Reparationszahlungen kommen sollten losgeworden wäre. Die heutigen Baukosten würden bei der Verteuerung der Materialpreise, die unsere Industrie beliebt hat, mindestens 25 bis 30 Milliarden Goldmark betragen. Wollen die Rechtssozialisten, wollen die christlichen Gewerkschaften wirklich die Hand bieten zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes?

Aber gewiß wird man die bittere Kost dem deutschen Arbeiter schmackhaft machen wollen mit den Worten: „es bleibt uns doch absolut nichts anderes übrig, wir müssen nun einmal der Entente eine größere Abschlagszahlung in Gold leisten und wir können dies nur durch Auslieferung unserer Eisenbahnen!“ Welche Torheit! Muß wirklich erst die Senne geschlachtet

werden, um die Eier zu bekommen? Muß die Substanz vernichtet werden? Was soll denn näher geschehen, wenn nach 1 1/2 Jahren weitere Zahlungen drängen? Woher soll man dann wieder weiteren Besitz des deutschen Volkes nehmen zu Verschönerungszwecken? Wenn die Ententegewaltshaber nur ein wenig Einsicht haben, müssen sie begreifen, daß sie sich auf diese Weise, durch Förderung der Auslieferung der deutschen Bahnen an eine Spekulantengruppe selbst den Weg verbauen zu weiteren nennenswerten Forderungen.

Also nicht die Entstaatlichung der Bahnen darf angestrebt werden. Ihre Rentabelmachung muß auf anderem Wege geschehen. Sie kann geschehen, wenn man weniger auf Spekulanten und Interessenten, mehr auf sachverständige Wissenschaftler hört.

Poincaré's Kammerrede

Im Verlauf der Interpellationsdebatte über Genoa in der französischen Deputiertenkammer ergriff am Donnerstag der Ministerpräsident Poincaré das Wort. Er äußerte sich jedoch nicht nur über Genoa, sondern auch über den Versailler Vertrag und gleichzeitig über die Probleme der Reparationen. Eingangs seiner Rede befaßte er sich kurz mit Oberschlesien, wies auf die Waffenhande in Belgien hin und teilte mit, daß die französischen Truppen „in naher Zeit“ Oberschlesien verlassen werden. Daß Frankreich die Konferenz von Genoa zum Scheitern zu bringen beabsichtigte, bestritt Poincaré und, als ihm ein Kommunist zuief, weshalb er denn nicht selbst nach Genoa gegangen sei, erwiderte ihm der Ministerpräsident: „Weil ich nicht erpicht darauf war, dort gewisse Freunde Ihrer Partei zu treffen.“ Im Anschluß daran sprach er von der „freien Haltung“ der Bolschewisten in Genoa, aber nichtsdestoweniger habe Frankreich darauf verzichtet, den Rapallo-Vertrag durch die Abreise von Genoa zu beantworten, weil ihm bei dieser Abreise kein Vertreter eines anderen Staates gefolgt wäre.

Nach diesem Eingangsabschnitt einer gewissen Fokussierung Frankreich in Genoa führte Poincaré aus, die französische Regierung habe noch keinen Beschluß wegen der Teilnahme an den Beratungen im Haag gefaßt, aber ausreichende Garantien würden gefordert werden und außerdem werde man die Meinung anderer Staaten hören.

Daß der Versailler Vertrag die Wirtschaftskrise vergrößert habe, verneint Poincaré und zum Beweis dafür führt er an, daß Deutschland ja bisher weder wesentliche Gelddrückungen noch umfangreiche Sachlieferungen geleistet habe. Diese Wendung war an die Adresse Lloyd Georges gerichtet, wie er auch die Engländer zu belehren versuchte, daß der wahre Grund der Krise, unter der England leide, in der Zerstörung zahlloser Menschenleben und unermesslicher Reichtümer zu suchen sei.

Poincaré beschäftigte sich dann mit dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Beweis der Rechte, das Frankreich gegen Deutschland gebrauche, dürfe geopfert werden. Nicht Deutschland sei überfallen worden, sondern es sei in Frankreich eingedrungen und habe außerdem die belgische Neutralität verletzt. Die Frage der Entschädigung für die in Frankreich angerichteten Schäden sei die Vorbedingung des Aufbaues Europas. Die Franzosen würden gerne das Unrecht beressen, wenn Deutschland nicht fortwährend in die Schuld am Kriege, über die Verurteilung der Schuldigen und über die Wiedergutmachung zu diskutieren. Sofern erst habe der Reichstag wegen Oberbeschleunigung des Verfahrens, und Dr. Wirth habe den Versailler Vertrag einen Vertrag der Zerstörung und des Kampfes genannt. In München habe die Volkspartei Aufhebung der Sanktionen, Revision der Wiedergutmachungsbestimmungen verlangt. Diese Vorgänge bezeichnen den in Deutschland herrschenden Geisteszustand. Es sei doch kein Beweis für Kriegslust, daß Frankreich fordert, was ihm geschuldet wird. In der Rede von Versailles sei nur von Frankreichs Recht zu einer Sonderaktion für den Fall, daß keine Einigung mit den Verbündeten erzielt werde, gesprochen worden. Dieses Recht sei nach dem Versailler Vertrage „unbestreitbar“ und auch von England in Anspruch genommen worden. Briand habe dieses Recht betont, ohne daß dagegen protestiert wurde.

Erst nach dem unterbrechenden, nach Ansicht der Verbündeten Minderheiten die Wiedergutmachungsangelegenheiten allein dem souveränen entscheidenden Wiedergutmachungsausschuss zu und eine militärische Aktion könne nach ihrer Auffassung nicht in Frage kommen, solange der Ausschuss nicht alle seine Entscheidungsmöglichkeiten erschöpft habe. (Beiwegung.)

Poincaré erwidert, er habe nur von der Hypothese eines vom Wiedergutmachungsausschuss festgestellten Verzögerns gesprochen. Lloyd George habe nur die Ungelegenheiten einer Sonderaktion betont, ohne das Recht auf eine solche grundsätzlich zu bestritten. So dringend Frankreich auch die Einigung mit seinen Verbündeten wünsche, sei es ihm doch unmöglich, auf seine Rechte zu verzichten.

Paris, 2. Juni.

Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten Poincaré findet fast ausnahmslos Zustimmung in der Presse. Zum Teil sprechen sich die Blätter begeistert über die Art aus, mit der der Leiter der französischen Politik die Rolle Frankreichs in der Welt gekennzeichnet habe.

Eine Ausnahme macht der sozialistische „Populaire“. Das Blatt schreibt, wenn die Erfahrung beweise, daß ein Vertrag so unaußführbar sei, wie der Vertrag von Versailles, wenn der Widerspruch zwischen dem Buchstaben der Verpflichtung und der Wirklichkeit beweise, daß dieser Vertrag tatsächlich die ganze Welt, all ihre politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verhältnisse belaste, wenn sich der Welt die Gefahren des Widerspruchs immer klarer zeigten, stellen sich dann diejenigen, die sich beharrlich und eifersüchtig, ja sogar aggressiv an den toten Buchstaben klammerten, nicht als eine Gefahr für den Frieden und als Feinde des Friedens dar?

Vertrauensvotum für Poincaré

(S. I. B.) Paris, 2. Juni

Die Kammer hat der Regierung mit 484 gegen 100 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Im Laufe der Debatte erklärte Poincaré, er habe heute vormittag auf Grund seiner Verantwortung als Regierungschef der Reparationskommission mitgeteilt, daß eine internationale Anleihe nicht von einer weiteren Amputation der französischen Forderung abhängig gemacht werden dürfe.

Um die sozialistische Regierung Sachsens

Innerhalb der kommunistischen Partei ist bekanntlich ein heißer Kampf entbrannt darüber, ob man in Sachsen die sozialistische Regierung kürzen oder sie weiter unterstützen soll, ob man in die Regierung eintreten oder es bei einer parlamentarischen Unterstützung belassen soll. Der Streit wurde schließlich gelöst, indem man sich auf einige Bedingungen an die sozialistische Regierung zunächst einigte. Etwas bescheidener sind die Kommunisten bereits geworden. Es sind nämlich nicht mehr 21 Bedingungen, sondern nur noch vier. Und zwar:

1. Amnestie.
2. Verbot der Technischen Rottfärbung.
3. Entmilitarisierung der Polizei.
4. Heranziehung der Betriebsrätevollversammlungen zur Gesetzgebung.

Die beiden ersten Forderungen sind bekanntlich eine Angelegenheit der Reichsregierung. Die Forderungen hätten also lediglich einen demonstrativ-agitatorischen Charakter, denn in der Praxis würde die Forderung einer Landes-

regierung nach Amnestie und Abschaffung der Technischen Rottfärbung gar keinen Sinn haben, solange die Macht der Arbeiterklasse nicht ausreicht, bei der Reichsregierung die Erfüllung dieser Forderungen durchzusetzen. Da wir nicht annehmen wollen, daß die Kommunisten diesen Sachverhalt nicht kennen, so bleibt hier als einzige Erklärung nur das bekannte Entlarvungsmanöver der K. P. D. übrig.

Was die dritte Forderung anbelangt, so ist dazu erstens zu sagen, daß die Aufgaben der Betriebsräte bekanntlich durch Reichsgesetz festgelegt worden sind. Darüber hinaus aber werden alle Fragen des wirtschaftlichen Arbeitsrechts nicht durch Landesgesetz, sondern vom Reiche geregelt. — Was soll dann aber die Forderung der Kommunisten nach Mitwirkung der Betriebsräte bei der Landesgesetzgebung? Wollen die Kommunisten etwa die wirtschaftlichen Betriebsräte zu politischen Arbeiterräten machen? Die Fragen aufzuwerfen, heißt sie auch schon beantwortet. Wir glauben deshalb, daß unsere Parteigenossen in Sachsen besonders die konfuse vierte Bedingung ablehnen werden. — In der Frage der Entmilitarisierung der Schutzpolizei ließe sich unseres Erachtens sehr schnell eine Vereinbarung herbeiführen, wenn die Kommunisten mit konkreten und undurchführbaren Vorschlägen aufwarten würden. Ueberdies erscheint uns diese dritte kommunistische Bedingung besonders merkwürdig, als die Kommunisten erst vor kurzem mit den Deutschen Nationalen zusammen den Polizeietat der Regierung abgelehnt haben, der bestimmte Reorganisationsvorschläge enthielt. So haben also die Kommunisten die sozialistische Regierung geradezu gezwungen, alles beim alten zu lassen, um jetzt auf die Regierung herumzupauken. Eine sonderbare Politik.

Die „Rote Fahne“ kündigt bei Ablehnung ihrer Bedingungen eine neue Regierungskrise an. Wir haben versucht, in aller Sachlichkeit die einzelnen Bedingungen zu besprechen und hoffen nunmehr, daß die Kommunisten an Stelle ihrer Entlarvungs- und Agitationsbedürfnisse ebenfalls mehr sachliche Überlegung geltend lassen werden, oder wollen die Kommunisten wirklich die Schrittmacher einer bürgerlichen Regierung auch in Sachsen werden? —

Gefindel

Deutschland wird wieder einmal von einer nationalistischen Welle überflutet, die geradezu gemeingefährlich zu werden beginnt. Der ausgedrückte Kronprinz läßt sich von anderen seine „Memoiren“ schreiben, um sich als „Abenteurer“ Monarch anzupreisen. Gehörlos unterläßt die bürgerliche Presse fast reflexlos dieses Treiben. Hindenburg fährt in Generaluniform nach Döberitz, um dort die nationalistische Seele suchen zu machen. Ueberall finden Regimentsfesten statt, mit den üblichen Verleumdungen der Republik. Die Republik aber ist und bleibt stumm. Sie läßt alles über sich ergehen und profitiert sich selbst ihren schlimmsten Feinden, wie die Fälle Korbach-Weber-Döberitz um, berichten.

Kein Wunder, wenn bei dieser Schafsgeduld der Republik das nationalistische Gelieter immer tracher und herausfordernder wird. So lesen wir im „Hamburger Echo“, daß am Sonntag in Hamburg die Regimentsfeier ehemaliger Uer stattfand. Der Magistrat verbot die Parade auf dem Kaiserplatz der Stadt.

„Umsonst wollte man aber den Helm nicht gepußt haben, und so sogen denn die begeisterten Krieger hinter einer früheren Militärkapelle von der Kaserne zum Hauptbahnhof. Hier sollte dann mit einer Ansprache und den fälligen Hurras die Auflösung erfolgen. Bevor aber der Herr Major die Anfangsworte an seiner Rede gefunden hatte, war von einem Teil hinzugekommener Bürger ein Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht worden. Einen Augenblick herrschte Unordnung in den Reihen der Krieger, dann ließ es schlag die Banditen auf den Kopf, treten die Hosen in den Bauch und ähnliche heblische Redensarten erklängen. Einer der schwerwiegendsten Offiziere hatte schon seine Plempe gezogen. Nur indem sich die anwesenden Republikaner der größten Ruhe besichtigten, wurden schlimmere Folgen verhütet.“

Noch toller aber ist folgender Fall, den der „Vorwärts“ ebenfalls aus Hamburg meldet: Am Mittwoch war ein neues nationalistisches Fest, die sogenannte Lagerfeier, veranstaltet von den Deutschnationalen. Stohltrupps, die nach der Art ihrer Bekleidung unzweifelhaft aus ehemaligen Freikorpsmitgliedern und Offizieren zusammengefaßt waren, verließen das Gebäude der „Hamburger Volkszeitung“, des Draus der SPD in Brand zu stecken. Mittels einer Zündschnur wurde Feuer an die Schanzen, deren Schelben man zertrümmerte, gelegt, so daß die Anlagen vollständig verbrannt sind. Durch einen Zufall wurde das Uebergreifen des Feuers auf Vorräte u. s. w. verhindert. Noch zöher und gemeiner ist ein Verbrechen, das die nationalistische Rote, wie sich erst am Donnerstag nachmittag herausstellte, in derselben Nacht noch vollbracht hat. Zufällig wurden auf dem Chlodowig Friedhof beim Denkmal der Revolutionärs Hamburgs Verrichtungen bemerkt, um das Denkmal in die Luft zu sprengen. Durch die Feindseligkeit waren sachgemäß angelegte Zündschnüre, obwohl sie abgebrannt waren, nicht an die aus Nitroglycerin bestehende Ladung herangelangt, die bei einer Explosion unfehlbar auch das Direktionsgebäude in Mitleidenschaft gezogen hätte. Am Tatort fand man die Gerätschaften, eingewickelt in nationalistische Hamburger Blätter. Von den Tätern fehlt natürlich jede Spur.

Es kann nach alledem kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir es mit einer systematischen und organisierten Heise gegen die Republik zu tun haben. Es muß jedoch gerade bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß besonders die Repräsentanten der Republik und leider an erster Stelle die Sozialdemokraten, mit ihren bekannten Reden von „Nationalgefühl“, „Nationalgefühl“ u. dgl. m. und nicht zuletzt die ganze sozialdemokratische Klasse und Nachkriegspolitik dem nationalistischen Gelieter erst das Wasser auf die Mühlen geleitet haben.

Trotz alledem wird die gesamte Arbeiterklasse jeden Angriff auf die Republik geschlossen abwehren.

Türkengrenel in Kleinasien

(S. I.) Athen, 2. Juni.

Der Außenminister Baldaß hielt gestern in der Kammer eine Rede über die Grenzstaaten, die die Türken in Kleinasien an den Griechen begangen haben. Er sagte, daß seit Beginn des Krieges 308 218 Personen getötet worden seien.

Griechen, die aus Daira in Midia angekommen sind, melden, daß die Kemalisten im Bezirk Gaja die gesamte arabisch und armenische Bevölkerung von 136 Dörfern niedergemetzelt habe.

(S. I.) Konstantinopel, 2. Juni.

Aus Angora wird berichtet, daß die kemalistische Regierung sich der allerersten Untersuchung über die türkischen Grenzstaaten mobilmäßig mischieren werde.

Anleihe und Valutaschwächung

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat aus Anlaß der Eröffnung der Jahreschau deutscher Arbeit vor Vertretern der Presse über einige wichtige wirtschaftliche Fragen gesprochen. Er äußerte sich zunächst über die Anleihe. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland erscheinen ihm nicht so ungünstig, daß Deutschland nicht gewisse Belastungen übernehmen könne. Aber eine auswärtige Anleihe dürfe sowohl in ihren Bestimmungen über Verzinsung, wie in denen über Amortisation nicht zu einer Ueberlastung führen. In dieser Beziehung hätten die amerikanischen Kapitalisten sorgfältig zu prüfen, wie weit Deutschland zahlungsfähig sei und wie weit es Anleiheverpflichtungen erfüllen könne. Vor allem aber müsse Deutschland auf eine längere Reihe von Jahren Ruhe vor den Reparationsverpflichtungen haben.

Der Reichswirtschaftsminister nimmt allerdings auch an, daß bei einer solchen Regelung der Reparationen mit einem Steigen der Mark gerechnet werden muß. Das würde, wie er meinte, gewisse wirtschaftliche Rückschläge im Gefolge haben, aber nur dann, wenn die Steigerung der Mark zu plötzlich und in hohen Sprüngen erfolge. Er glaubt aber nicht, daß das letztere zu befürchten ist. Auf keinen Fall dürfe man ein Steigen der Mark aufhalten.

Ein Steigen der Mark „in hohen Sprüngen“ bedeutete sicherlich wirtschaftlich Unheil, trotzdem zum guten Teil die Folgen der Exportstodungen durch die Nachlieferungen nach dem Abkommen Loucheur-Rothemann, das jetzt seiner Verwirklichung entgegengeht, weitgemacht würden. Zudem stehen die Löhne in Deutschland so abgrundtief unter den Löhnen der valutaschwachen Länder, daß bei einem nicht allzu starken Steigen der Mark noch reichlich profitliche Ausfuhrmöglichkeiten für das deutsche Kapital verbleiben würden. Nichtsdestoweniger wäre es ein höchst verhängnisvolles Unternehmen, etwa mit Hilfe ausländischer Anleihemittel eine starke Steigerung des Markkurses herbeiführen zu wollen. Für die Ermöglichung normal stehenden Exportverkehrs ist die Stärkung der Valuta viel weniger bedeutungsvoll als ihre sichere Stabilisierung. Die Valutaschwankungen sind es, die nicht nur alle Kalkulation und den regelrechten Verkehr aus den Fugen gehen lassen, sondern auch alle Inlandpreise immer wieder aufs neue zerrütten. Ob heute die Rechnungen der deutschen Wirtschaft früher als Pfennigwert bezeichnete, spielt eine untergeordnete Rolle. Die Hauptsache ist, daß der mit valutaschwachem Geld fixierte Wertbetrag auch Kurs hält. Dann ist internationaler Handelsverkehr mit international feststehenden Produktionspreisen und internationaler Arbeitsleistung auf Grund der Produktionsbedingungen der einzelnen Länder möglich.

Eine Aktion zur Hochschaukung der deutschen Valuta etwa durch gewaltsames Abheben der Papiervlut vermittelst ausländischer Anleihemittel würde dagegen unabsehbar wirtschaftliche Folgen zeitigen. Das wird man auch in der Finanzkrisis, die jetzt über eine internationale Anleihe zu Gunsten Deutschlands und über ihre Verwendung beraten sehr klar übersehen. Es werden sicherlich sich auch Bestrebungen regen, durch eine Valutaschwächung dem deutschen Dumping entgegen zu wirken. Aber auch dem sind Länder nicht gewillt. Abgesehen davon, daß auch dazu Milliarden erforderlich wären, würde diese Papiergeldschwäche gar nicht nützen, wenn nicht zu gleicher Zeit der Möglichkeit offen blieben, Deutschlands Export zu einer ruhigen und stetigen Entwicklung zurückzuführen.

Der Wiederaufbau des Welthandels begegnet großen Schwierigkeiten, die ins Riesenhafte vergrößert werden durch die kapitalistische Sonderinteressen der sich aramöhtlich und ausbeuterisch gegenüberstehenden Staaten. Man sieht das Chaos und sieht gar sehr die Notwendigkeit, herauszukommen. Aber jeder möchte für sich herauskommen und die anderen darin um so hilfloser einwickeln. Das ist ein Un Ding. Der Weltwirtschaftsmechanismus hat alle Länder vor einander abhängig gemacht und sie auf Wechsell und Verder aneinandergebunden. Mit jedem Todeskreis, den man dem andern zufügt, vollzieht man auch an sich selbst eine Amputation, deren kein Körper, auch kein Wirtschaftskörper, allzu viele ertragen kann. Solange keine Einsicht sich nicht in entsprechendes Handeln umsetzt, solange wird das Chaos nicht überwunden und solange nationale kapitalistische Sonderinteressen auf der Panzer liegen, um dem anderen ein Bein zu stellen, wird eine Lösung der Widersprüche nicht möglich werden.

Unterbrechung der Anleiheverhandlungen

Paris, 2. Juni.

Die Verhandlungen der Bankierkonferenz zur Beschaffung einer internationalen Anleihe haben sich vorläufig zerfallen. Die Konferenz hat sich auf acht Tage vertagt. Als Grund wird der Konflikt zwischen dem Morau-Komitee und der französischen Regierung angegeben. Die Bankiers wollen nur dann Deutschland eine Anleihe gewähren, wenn die Reparationslasten herabgesetzt werden. Annehmlich sollte Deutschland ein Kredit von 1400 Millionen gewährt werden, wogegen sollte eine Milliarde zuzuschanden werden und Frankreich 600 Millionen. Diermi ist Frankreich nicht einverstanden.

Howard teilt mit: Der Ausschuh, der von der Reparationskommission mit dem Studium der Bedingungen beauftragt ist, unter denen die deutsche Regierung Anleihen aufnehmen kann, hat im Verlaufe der gestrigen Sitzung beschlossen, seine Beratungen bis nach Peking zu vertagen. Er wird sich am Mittwoch, den 7. d. Mis. von neuem versammeln.

Die ungarischen Wahlen

Budapest, 2. Juni.

Im zweiten Turnus der Nationalversammlungswahlen wurde in 104 Bezirken abgestimmt. Aus 44 Hauptstädten und Provinzbezirken, wo die Abstimmung geheim war, das Resultat erst in zwei bis drei Tagen bekannt werden. Von den übrigen 60 Bezirken erhielten bis morgen 3 Uhr die einheitliche Regierungspartei 16, die die Regierung unterstützende christliche Partei 8, die legitime Andras-Araktion 6, die Haller-Fraktion 2, die Sozialdemokraten 2 Mandate. Parteilos sind drei gewählte Abgeordnete. Von den Stichwahlen rechnet die Regierungspartei mit Sicherheit auf 16 Mandate. Aus 15 Bezirken steht die Entscheidung noch aus.

Regierungskrise in Italien

Bei einer Abstimmung über die Amnistierung von ungesetzlichen Wahlen wurde ein Antrag Giustini-Solari, der den Aufhob der Debatte über diesen Antrag bewirkte, mit 100 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten und die Radikalen stimmten geschlossen gegen den Antrag. Man glaubt, daß sie die Rückkehr Mussis an die Spitze der Regierung vorbereiten.

Deutsche Staatskunst 1871-1914

Der ganze Bismarck

(Schluß aus der Mittwoch-Nummer.)

Aus Bismarcks berühmter Denkschrift wissen wir, daß gewisse Herren Chef von den Volkshäusern ganz bestimmt gefasste Beschlüsse zu erhalten wünschten und es übel vermerkten, wenn diesen Wunsch-Befehlen oder Befehls-Büchlein zuwidergehandelt wird. Mit einem, der ihn anders bediente als er's wünschte, dem Grafen von Arnim, hat Bismarck kurzen Prozeß gemacht. Die späteren Akten-Auszüge werden zu diesem überaus interessanten Kapitel hoffentlich lüdenloseres Material beibringen als die bisherigen.

Nicht zu klagen hatte Bismarck über Graf von Walderssee. Raum war dieser als Geschäftsträger in Paris ein wenig warm geworden, da berichtete er auch schon über den ungeschwächten Kriegswillen Frankreichs, gab alle möglichen Einzelheiten und was Bismarck sonst hören mochte. Daß der „Kriegskanzler“ in der Tat alles darauf anlegte, beide Nationen aus diesem Gedankenkreis nicht herauszulassen, das geht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus den Aufzeichnungen des Marquis de Gabriac hervor. Dieser war Ende Juni 1871 als französischer Geschäftsträger nach Berlin gekommen und hatte am 13. August die erste Unterredung mit Bismarck. Nach Gabriacs Bericht hierüber sagte der Kanzler in dieser Aussprache u. a.:

„1871, wenn die letzten 3 Milliarden fällig sind, wird Frankreich loschlagen! Das ist derartige Absichten, dann ist für beide Teile zu wünschen: je eher, desto besser.“
Obwohl Gabriac ein durchaus ernst zu nehmender Mann ist, könnte man seine Auffassung von diesem ersten Gespräch in Berlin kaum für glaubwürdig halten, hätte nicht Bismarck selbst unmittelbar nach dieser Unterredung in einem Telegramm an Walderssee nach Paris ausdrücklich und wörtlich gesagt: es wäre zu wünschen, daß beide Völker die Aussicht erhielten, „zumindest wenigstens einige Jahre in Frieden miteinander zu leben!“

Nur zu selten fand Bismarck einen, der sich von ihm nicht alles gefallen ließ, und dann konnte der „große Mann“ recht klein werden. Am 8. August 1871 hatte der französische Finanzminister Pouyer-Quertier dem Oberbefehlshaber der deutschen Expeditionarmee in Frankreich, General Freiherr von Manteuffel, einen Besuch gemacht und vorgeschlagen, Frankreich wolle zwei Milliarden Frank in Wechseln an Deutschland geben, wenn dafür das Besatzungsheer früher abrückte als vereinbart sei. Manteuffel schrieb tags darauf an Bismarck und Wilhelm I. und empfahl die Annahme des französischen Vorschlags. Darauf erhielt er am 12. August von Bismarck die Aufforderung, die Verhandlungen sofort abbrechen, und der Kanzler winkte ganz plump und deutlich mit der Gefahr seiner Amtsniederlegung.

Das ging dem General denn doch über die Dultschnur. Am 13. August schrieb er Bismarck eigenhändig eine Antwort, die in der Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Er berief sich darauf, daß Bismarck selber immer die Aufrechterhaltung guter Beziehungen und menschlicher Formen empfohlen, rief dem „Eisernen“ auch unter der Raie, daß er sich ja gerührt habe, wie höflich er Herrn Thiers stets die Treppe hinuntergeleitet habe, und verbat sich für zukünftige Fälle mit aller Energie jegliche Beeinflussung seines dienstlichen Handelns durch Drohung mit Demission und dergleichen!

Dem guten Bismarck scheint bei der Bekäntnis dieses Schreibens in der Tat die Luft ausgegangen zu sein. Er brachte zwar den Entwurf einer Antwort zustande, sah aber schließlich davon ab, dem groben General Bescheid auf dessen Brief vom 13. August zuteil werden zu lassen.

Agrarische Unerfälligkeit

Die in Aussicht stehende Verlängerung des Umlageverfahrens für Brauereibetriebe hat die Agrarier in Hornisch gebracht. Der deutsche Landwirtschaftsminister erklärte in einem in München gefassten Beschlusse, daß die Erneuerung des Umlageverfahrens das „Geldwerk der Landwirtschaft“ gefährde. Die nötige Getreidereserve müsse im freien Verkehr beschafft werden. Die können auch die Agrarier dazu helfen, wenn sich dabei nicht ein Reddack machen läßt. Der Reichsernährungsminister trat den Forderungen des Landwirtschaftsministers entgegen. Die Ernte würde in diesem Jahre wesentlich schlechter ausfallen als im Vorjahre, so daß es wesentlich schwerer sei, die Getreideversorgung durchzuführen. Aber gerade dieser Umstand erhöhe nicht nur die Preisbildung, sondern auch deren wucherliche Ausdehnung. Die Produktionskosten sollen nach den wiederholten Erklärungen des Reichsernährungsministers gedeckt werden. Damit sind die Agrarier natürlich nicht zufrieden. Solange sie die Macht zu haben glauben, machen sie in ihrer Preis-treibererei auch dann noch nicht Halt, wenn ihnen der gleiche Profit ausfließt wie den Kapitalisten in anderen Wirtschaftszweigen. Sie schwören auf die freie Wirtschaft, solange sie ihnen die Profite zu erhöhen vertritt. Aber sie haben auch bereits im vorigen Jahre wieder ihre Ansprüche auf „Schutz“ geltend gemacht. Wenn sie diese Forderung einstellen zurückgekehrt haben, so nur, weil inzwischen der Weltmarkt ihnen so viele Milliarden in den Schoß warf, daß sie sie kaum zu schinden vermochten.

Für die Kriegsoffer

In einem Unterhaushalt des Reichstags wurden die Teuerungszulagen für die Kriegsoffer behandelt. Am Ausschuss war diese Frage wiederholt erörtert worden, man war jedoch zu keinem abschließenden Resultat gekommen. Der neue Ausschuss, der berechtigten Forderungen der Kriegsoffer zu erfüllen, war dort nicht vorhanden. Die Regierung erklärte, es könnten keine Ausgaben ohne Bedenken gemacht werden, dazu würde die gegenwärtige politische Lage. Bei den Verhandlungen über die Teuerungszulagen für die Kriegsoffer wurden Reparationsanträge und Zwanagsanleihe in den Vordergrund gestellt. Die Kriegsoffer sollen sich mit dem Bedenken, was da ist, nach der Pfingstpause soll „bessere“ Arbeit

für sie geleistet werden, das ist der „gute Wille“ der Regierung.

Im Unterhaushalt wurden drei Anträge beraten. Ein Antrag verlangte, allen Rentenzulagern am 1. Juli (der 1. Juni konnte nicht in Frage kommen) den doppelten Betrag der gegenwärtigen Rentenzulage auszuschütten. Begründet wurde der Antrag mit der Feststellung, daß die Not der Kriegsoffer überall außerordentlich groß sei, die Regierung könne dadurch ein Teil dessen gut machen, was sie durch Verschleppung der Gesetzesvorlage verschuldet habe. Die Ausschüttung müsse sofort erfolgen. — Dieser Antrag fand nur bei zwei Ausschussmitgliedern Unterstützung.

Ein zweiter Antrag verlangte die Durchführung der im neuen Gesetzentwurf festgelegten Sätze. In diesem Antrag wurde ein Verbesserungsvorschlag angenommen, nach dem am 1. Juli demnach die Teuerungszulagen derjenigen Rentenzulagern, die unter die Verordnung vom Dezember 1921 fallen, um ein Drittel erhöht werden, a. B. anhalt bis 240 Mk. am 1. Juli 820 Mk. usw. Leider sind von dieser Verbesserung die Hinterbliebenen, namentlich die erwerbsfähigen Witwen, die unter 30 Prozent Beschädigten und ein großer Teil der im Erwerbsleben stehenden Schwerbeschädigten ausgeschlossen. Der hittere Lebenskelch des Hungers und der Entbehrung wird dadurch Tausenden auch fernerhin aufgezungen.

Die Vertreter der Kriegsoffer haben im 10. Ausschuss mit bitterem Ernst der Regierung und den Volksvertretern die Räte und Weiden dieser Kreise geschildert und sie um Hilfe angefleht. Werden die nach Pfingsten in Aussicht gestellten Verhandlungen Früchte zeitigen, wird den Kriegsoffern der Rechtsanspruch anerken werden, der ihnen gebührt?

Gute Zeiten für Wartegeldempfänger

Der Reichstag hat vor einiger Zeit ein Gesetz beschlossen, nach dem frühere Reichsbeamte, die aus irgend welchen Gründen bisher nicht beschäftigt wurden, aber Wartegeld beziehen, auf Erfordern der Deutschen Regierung auch andere Beamtenstellen als die, die ihnen nach den Bestimmungen des bisherigen Beamtenrechts zukommen, übernehmen sollen. Der Reichstag hat diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung verweigert, weil seiner Auffassung nach erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstage nicht vorhanden gewesen ist. Es hat in der Tat bei der Abstimmung eine Stimme an der Zweidrittelmehrheit gefehlt. Die Wartegeldempfänger hätten ein wohlverdienendes Recht, nur solche Stellen anzunehmen, die in dem gleichen Rang und Dienstverhältnis stehen, wie die von ihnen früher besetzten Stellen.

Damit ist der Reichstag dem Reichstagsrat nun nichtig. Die Regierung muß erneut einen Entwurf einbringen, wenn sie auf ihrer Absicht besteht. Die Wartegeldempfänger, die viel lieber ihr Geld von der Republik für Rüstungsausgaben, können also weiter auf Kosten der Steuerzahler ein angenehmes Leben führen.

Es sollen gewiß die wohlverdienenden Rechte der Wartegeldempfänger nicht eskamotiert werden. Aber auch der Staat und der Steuerzahler haben ein Recht, zu verlangen, daß nicht ganze Heere von Beamten ohne jede Arbeitsleistung unentgeltlich werden. Und es muß daher auch verlangt werden, daß dem gegenwärtigen Anstand ein Ende gemacht wird. Es wird doch so viel über die Arbeitslosenunterstützung geredet. Die Arbeitslosenunterstützung ist auch ein wohlverdienendes Recht, daß nicht minder sehr begründet ist, als das der Wartegeldempfänger. Hier wird man aber nicht einen Augenblick abgern, die Kosten der Erhaltung der Arbeitslosen nach Kräften auf die Arbeiter selbst abzurufen.

Der soz ale Stimmes

Hugo Stinnes hat bekanntlich einem seiner Dampfer den Namen „Karl Liebig“ gegeben, um so den „Meister des deutschen Sozialgedankens“ zu feiern. Herr Stinnes hat auch anlässlich des Stoppelankes sehr viel geredet von „Gemeinschaftsgeist zwischen Kapital und Arbeit“ und von dazuhöriger Anerkennung dafür, daß die Gewerkschaftsführer mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaften „das deutsche Wirtschaftsleben aus größter Not gerettet haben“. Die Herr Stinnes jedoch den beispiellosen Gemeinschaftsgeist in der Praxis in seinen Unternehmen bestätigt, darüber gibt der „Vorwärts“ Aufschluß: Es erhalten Stenotypistinnen, jüngere Buchhalter, kaufmännische Hilfskräfte usw. 1500 bis 2300 Mark monatlich. Dualisierte Angestellte, z. B. selbständige Kaufleute, Architekten, Zeichner usw. erhalten Gehälter von 2700 bis 3500 Mark monatlich. Abteilungsleiter, also verantwortliche Angestellte mit durchweg akademischer Vorbildung beziehen Gehälter zwischen 4200 und 6000 Mark. Prokuristen des Herrn Stinnes aber erhalten 7000 Mark monatlich.

Bei diesen Gehältern ist natürlich der Stimmes jedes Zusammenwizens mit den Gewerkschaften in Arbeiterfragen unangenehm. So wurde dem Betriebsrat im März von der Geschäftsleitung folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt:

1. Der Betriebsrat ist einverstanden, daß die Gehaltsregelung ohne Hinzuziehung irgendeines Verbandsvertreters, insbesondere des Zentralverbandes für Angestellte (Zfa) vorgenommen wird. Der Betriebsrat wird der Zfa mitteilen, daß er auf eine Mitwirkung eines Vertreters der Zfa bei der Gehaltsregelung verzichtet.

2. Der Betriebsrat ist damit einverstanden, daß Einschränkungen und demzufolge Entlassungen vorgenommen werden. Er verzichtet auf ein Einspruchsrecht gegenüber den notwendigen Entlassungen.

3. Der Betriebsrat ist einverstanden, daß die Gehaltsregelung unter Ausschaltung irgendeines bestehenden oder sich auszubildenden Gewerkschaftsorgans vorgenommen wird.

Der Betriebsrat erklärt zu allen drei Punkten sein Einverständnis.

Die Firma Stinnes bedingt demnach nicht nur eine sonderbare Art von „Gemeinschaftsgeist“, sie durchdringt auch alle bestehenden Gesetze, wie das Beispiel der dem Betriebsrat abgeordneten Erklärung beweist. Es wird hier wieder einmal bekräftigt, was wir schon immer von den Arbeitgebergewerkschaften behaupten: Sie dienen nur dem Unternehmertum, indem die Arbeiterorganisationen sich an die Verpflichtungen halten, während sich die Arbeitgeber den Teufel darum scheren.

Deutschlands Außenhandel

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts hatte der deutsche Außenhandel im April d. J. folgende Ergebnisse: Einfuhr 28,9 Millionen Doppelzentner im Werte von 23,3 Milliarden Papiermark, Ausfuhr 21,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 22,6 Milliarden Papiermark. Gegenüber dem Monat März beträgt die Zunahme bei der Einfuhr 2,5 Millionen Doppelzentner und 5,4 Milliarden Papiermark, bei der Ausfuhr 0,3 Millionen Doppelzentner und 1,7 Milliarden Papier-

mark. Da die Einfuhr sowohl der Menge als insbesondere dem Werte noch weit stärker gewachsen ist als die Ausfuhr, hat sich der Einfuhrüberschuss im April stark vergrößert, er beträgt 5,3 Milliarden gegen nur 1,6 Milliarden Papiermark im März.

Die Zunahme der Einfuhr beruht insbesondere darauf, daß im April die Wolleneinfuhr wiederum stark einsetzte (1,3 gegen nur 0,1 Millionen Doppelzentner im März). Ferner weisen Kohlen, Eisen- und Manganerze, Koks und Eisenhaltige sowie Thomasmehl erheblich größere Einfuhrmengen als im Vormonat auf.

Die Ausfuhr zeigt mengenmäßig namentlich bei den Fertigfabrikaten im allgemeinen eine Abnahme; wenn gleichwohl die Ausfuhrmenge im ganzen gegenüber dem Vormonat eine weitere Steigerung aufweist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Wollenausfuhr von einzelnen Massenartikeln, wie Steinsalz, Kalisulfat, schwefelsaurem Kali, Chlorcalcium, Cellulose und Zement andere Rückgänge ausgeglichen hat.

In den 12 Monaten Mai 1921 bis April 1922 hat betragen die Einfuhr 267,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 154,9 Milliarden Papiermark, die Ausfuhr 218,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 140,1 Milliarden Papiermark, so daß sich für diese Zeit ein Einfuhrüberschuss von 14,8 Milliarden Papiermark ergibt.

Die Not der Zeitungen

Selbst Stinnesorganen geht die Verarmung der Zeitungen zu Herbeiführung von Zeitungen notwendigen Materialien an den Kragen. Die Demarkierung zu berichten, daß das Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit“, vom 1. Juni an nur noch einmal täglich erscheint. Die von anderer Seite dazu berichtet wird, ist die Morgenausgabe in Wegfall gekommen. Stinnes hat zwar Zeitungen genug. Immerhin ist es aber doch bezeichnend, daß auch sein Geld bei angelegten und seine Gefolgshäuser wissen, daß sie in ihren Remingtonfabriken angelegten Gelder nicht mehr werfen, auch dann nicht, wenn die Zeitungsunternehmen selbst große Zuschüsse erfordern. Trotzdem wird ihnen die Geschichte nachgelesen doch etwas zu haarig. Für die Arbeiterschaft entsteht daraus die Pflicht, mit erhöhtem Eifer die zur Erhaltung und zu dem so notwendigen Ausbau ihrer Zeitungen erforderlichen Opfer zu bringen, sei es in der unermüdblichen Werbung neuer Abonnenten, sei es in der Schaffung von Presselohns. Bei den sprunghaften Teuerungen im Zeitungsbetrieb sind solche Presselohns unerlässlich, soll nicht das ganze Unternehmen in Gefahr gebracht werden.

Demokraten und Reparation

Die demokratische Fraktion des Reichstags behält sich in einer Erklärung zur Reparationsnote völlig freie Hand vor. Sie betrachtet die mit der Reparationskommission gepflegte diplomatische Korrespondenz als einen Teil der Anleiheverhandlungen. Wörtlich heißt es in der Erklärung:

„Gegenüber der jetzt veröffentlichten Note bestehen eine Reihe von ernsthaften Bedenken. Die Anleihe ist ein freiwilliger Akt sowohl des internationalen Anlagepublikums als auch der deutschen Regierung. Ihr Abschluß bedarf der versammlungsmäßigen Genehmigung. Die Anleihe anzunehmen oder abzulehnen — mit der Ablehnung lassen sich aber nicht alle in dem Notenwechsel etwa gemachten Zusagen — hat sich die Fraktion durchaus vorbehalten. Sie ist jedenfalls gewillt, nichts zu unterlassen: 1. was Deutschland nach unierem pflichtmäßigen Ermessen nicht leisten kann, 2. was nicht eine wirkliche Erleichterung gegen den heutigen Zustand bedeutet. — Mit der Politik der Ultimaten und der Regelung auf kurze Termine muß es jedenfalls bei der Verhandlung unserer finanziellen Verpflichtungen ein Ende haben.“

Die Demokraten bauen sich ein Hintertürchen. Der Zweck ist leicht zu erkennen. Wenn sie nach „pflichtmäßigem Ermessen“ sich darüber klargeworden sind, daß die Kosten der Erfüllung nicht mehr weiter auf die breiten Massen der Bevölkerung abgewälzt werden können, behalten sie sich die Ablehnung vor. „Erleichterung gegen den heutigen Zustand“ bedeutet bei den Demokraten ebensowenig wie bei den übrigen bürgerlichen Parteien, Erleichterung der Not der Beschäftigten, der Lohn- und Gehaltsempfänger. Im Gegenteil, gelingt es, einen Weg zu finden, die Lasten auf diese abzuwälzen, dann erlangt der Vordrill der Annahme für sie erst Bedeutung. Am übrigen werden die Demokraten mit dieser Erklärung wider Gnade vor den Deutschen Nationalen finden, noch ist sie geeignet, die außenpolitische Situation zu festigen.

Der Abtransport ehemaliger russischer Kriegs- und Zivilgefangener

Zwischen dem Deutschen Reich und der Regierung der russischen Sowjet-Republik ist vereinbart worden, daß der Abtransport der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Internierten der Roten Armee mit den von dem internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Lazarettsorten noch bis zum 30. Juni dieses Jahres fortgesetzt werden soll. Die Konsularabteilung der russischen Sowjet-Vertretung in Berlin hat sich verpflichtet, allen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Internierten der Roten Armee, die nach Rußland heimzukehren wünschen und die sich an die Vertretung wenden, ohne weiteres die Erlaubnis zur Heimkehr zu erteilen. Diejenigen Personen, die sich im Besitze der Einreiseerlaubnis befinden, sind sodann unverzüglich dem Kriegsgefangenenlazarett in Altdamm zum Abtransport zuzuführen.

Noch eine Einheitsfront. Wie aus Paris gemeldet wird, ist von Vertretern verschiedener Nationen der Vize für Menschenrechte eine neue 4. Internationale gegründet worden, die sich gleichfalls mit der Schaffung einer Einheitsfront aller Internationalen beschäftigt. Das Programm dieser neuen Internationale ist rein humanitär.

Kauft deutsche Teigwaren



Immer noch nicht genügend bekannt ist, daß Teigwaren von allen Speisen am Nährwert dem Fleisch am nächsten stehen. Teigwaren sind dabei am meisten billiger wie Fleisch und haben den Vorzug der schnellen Zubereitung. — Durch leichte Verdaulichkeit tragen sie zur Gesundheit jeder Familie bei.

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer
 seit von 1900 N. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wasche, Topplüha, warm billig. Po swarm,
 Krongürtel 400 N. 200 Stück, Wasche, Mäntel, Hüte, Wäsche, Lackschuhe, Sportkleidung
 Gebrauche warm billig. Samstags-Verkauf 5500 N. 100 Stück. (Keine Lombardware.)

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr
Die Ratten

Neues Volkstheater
 Spencker Straße 68
 7 1/2 Uhr
Anna Boleyn

Stants-Theater
 Opernhaus 6 Uhr
Bohème
 Schillerhaus 7 1/2 Uhr
Peer Gunt

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr
 Neu einstudiert:
Wasserschiff und Perimeter

Kammerspiele
 8 1/2 Uhr
Vatermord

Großes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr
Die verurteilte Glocke

Theater am Nollendorfpark
 7 1/2 Uhr
Verliebte Leute

Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr
Gasthaus zur Liebe

Wallner-Theater
 7 1/2 Uhr
U. beiden Nachtlagern

Theater des Ostens
 (Rosa-Theater)
 7 1/2 Uhr
Brot und Arbeit

Berliner Prater
 Kastanien-Allee 13
 Am 1. u. 2. Pfingstfesttag
Gr. Frühkonzert

Schloß Weißensee

Tel. Alex. 1219 Berliner Allee 205-210 Tel. Alex. 1219
 Direktion: Wilhelm Hermann

Am 1. und 2. Pfingstfesttag
Großes Frühkonzert u. Spezialitäten
Wolffsches Orchester
 Gebr. Wichmann auf dem 25 Meter hohen Turmsteil

Männerchor Weißensee, 50 Mann stark
Gesangverein „Frisch auf“ 40 Mann stark
 und die großen Attraktionen

Nachmittags
 das große Attraktions-Programm mit
 Gebr. Wichmann auf dem 25 Meter hohen Turmsteil
Wolffsches Orchester
 Volksbelustigungen aller Art - Familien können Kaffee kochen
 in der Tanzhalle: **Großer Ball**
 Anfang morgens 5 Uhr nachmittags 3 Uhr

Jeden Mittwoch und Donnerstag **Ballade** Musiktheater, Musiktheater Platz.
 Jeden Donnerstag das aus alter Zeit her bekannte
Elie-Feuerwerk

Extra billige Angebote für gediegene

Möbel

Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen-Zubehörs-erleichterung.

Möbel-Frese
 Weinbergweg 1
 (Gartenhofplatz)

Pfingstangebot

Garderobe

auf bequemste

Bezahlung

bei billigster Preisberechnung

HERREN- Anzüge, Cutaways, Schlüpfer Burschen-Anzüge Gute Ware!

DAMEN- Paletots, Kostüme, Röcke, aparte Neuheiten in Sommerkleidern Große Auswahl!

M. Beiser, Lothringerstr. 67

Neue Welt

Arnold Scholz, Hasenheide 108-114

I. und II. Pfingstfesttag
 Eröffnung der Sommer-Saison
Frühkonzert u. Variété-Vorstellung

Nachmittags
Konzert und Vorstellung

Einlass früh 4 Uhr Anfang 5 Uhr
 nachm. 2 Uhr 4 Uhr
 außerdem: Großer Ball

Die anerkannt vorzügl. Köche und aufgezogene Biere findet man im

Gewerkschaftshaus

30 16, Engelplatz 25, Fernspr. Moritzpl. 5641

Billigste Preise Musik und Gesang

Wahrheit
 über die Berliner Strassenkämpfe während der Revolution.
Preis-M. Buchhandlung „Freiheit“
 C. 2, Breite Str. 8-9

Soeben erschienen:

I. WARDIN

Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution

Inhalt: Vom Februar bis Oktober / Die Oktoberrevolution und die Menschewiki / Die Menschewiki im Lager der Weichen / Die Menschewiki und die Inervention / Die Menschewiki in der „Sowjet-einkreisung“ / Menschewismus und Terrorismus Was ist die Partei der Menschewiki?

Preis M. 6.— 65 Seiten - Organisationen M. 3.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den Verlag **Carl Hoym Nachf. Louis Cahmley, Hamburg 6**

Zwei Vorteiletretäre (USD)
 mit Sitz in F eberg und Meisen gesucht. Rednerische und organisatorische Beschäftigung ist Bedingung. Eintritt 1. August. Fernerbringen mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis 25. Juni einzureichen an Wilhelm Seiler, Bezirksleiter „Arbeiter“, Hofstr. 107, Osterhaus 1 Treppe.

Stellmacher

für Waggonreparaturarbeiten stellt ein

AMBI-Waggonbau G. m. b. H., Berlin-Johannisthal, Flugplatzstrasse 3
 Meldung vormittags von 10-12 Uhr
 Arbeiterannahmestelle Eingang I.

Stadlaternen

mit Stock und Licht 150 Mark.
 Lampen 100 Mark. Lampe stehen von 20 Fenstern an. Vereinfachung, Feuerwehrgeschichte, 10, 15 bis 100 Mark an höherer Qualität. A. Mays & Co., Berlin, Moritzplatz 58, an der 11. StraÙe 40, 9-6 Uhr. Telefon: Moritzplatz 372.

LEOTROTZKI

Zwischen Imperialismus u. Revolution

Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens

Aus dem Inhalt: Mythos und Wirklichkeit / „Sowjet-Neutralität“ / Georgien und Wrangel / Die georgische Gironda als politischer Typus / Demokratie und Sowjetismus / Das Recht der nationalen Selbstbestimmung und die proletarische Revolution. Preis geb. Mk. 45.— brosch. Mk. 35.— Organ. geb. Mk. 32.— brosch. Mk. 20.—

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHMLEY HAMBURG 6

Möbel

nach 27 Jahren Preisen, so lange Vorteil bleibt.

Bar od. Teilzahlung

Bürgerliche Wohngeheimnisse.
 Verkauf von Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Teppichen, Vorhängen, etc.
 Einzeln oder in Gruppen.
 Lieferung auch nach auswärtig.

Lagerung kostlos

Möbel-Geh
 Gr. Frankfurter Str. 58
 5 Min. v. Alexanderpl.
 Filiale:
 Adstraße 47-48
 5 Min. v. Ost. Gasuhr

Dukaten-Gold 900 gest. 14 karat Gold 885 gest. 8 karat Gold 333 gest.

Stück von 70 Mk. an

TRAURINGE

billiger

Stück vorrätig am Lager

Trauringfabrik Minoga
 BERLINO.
 Gröner Weg 69
 1. Filiale:
 Drosselstr. 31

Botenfrauen

für den Osten nur Morgens zu tragen, für Friedrichs-Feier der Str. Fährdenker 11. Meldung bei der Zeitung-Expedition R. Bengel, Cadixstr. 11.

WANDERKARTEN

für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlg. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Möbel noch billig!

solange Vorrat

Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, große Auswahl.

Bar od. Teilzahlung

Möbel-Gross

Gr. Frankfurter Str. 141
 Invalidenstr. 5, Erganz. Adressstr.
 Lieferung auch auswärtig

Metalle

Stahl, Eisen, Kupfer, Zinn, etc.

Loden - Anzüge
 100% - M., Manchester-Sportanzüge 150 - M. sowie Querschnitt, Sommeranzüge und Sportkleidung zu billigeren Preisen bei

Bonin & Pasche
 Reichenstraße 6 an Spittelmarkt

Sozialistische Schul- und Erziehungs-Fragen

Von Dr. Kurt Kerlow-Löwenstein
 Zweite veränderte und erweiterte Auflage
 Preis 30.— Mark
 Organisationen und Elternvereine Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“

Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Meizner Kindwagen - Welthaus

Matt-Bettstellen, Kinder- und Korb-öbel, Korbwaren, Ruhestühle, Puppenwagen. Alle Kinder-Fahrzeuge usw. Grösste Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Anrensplatz
 Brunnenstr. 95. Beusselstr. 67
 Lützowstr. 54. Baukita, Fergstr. 133
 Spandau, Charlottenstr. 24.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom 1 Exemplar der täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, „Freiheits- und Jugend-Strasse“ zum Preis von 1 Mk. 42.— monatlich, 5 Mk. 21.— halbjährlich bei freier Zustellung ins Haus

Stichtags: 1. August 1919

Ort: _____

Name: _____

St. _____

Bitte beachten! Die Zeitung wird nur an die in der Zeitung angegebenen Adressen geliefert. Die Zustellung erfolgt nur an die in der Zeitung angegebenen Adressen.

Trünouga

Konfitüren

zur an Grassen!

Eckardt & Neuschnefer
 Fabrik und Kontor: Berlin O 27, Kreuzstr. 4 B. Tel. Alex. 5217

Musiker

für alle Gelegenheiten

Bestellung: Berliner Allee 205-210, Tel. Alex. 1219

Sozial-Revolutionäre

Soeben erschienen. Soeben erschienen.

Wichtiges Material zum bevorstehenden Prozeß in Moskau.

G. Semjonow (Wassiljew):

Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917-1918.

85 Seiten. Preis Mk. 3.—.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den **Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 6**

Groß-Berlin

Halleluja!

Am Bahnhofsplatz liegen sie in der neunten Vormittagsstunde aus dem Vorortzug, mit mir und tausend anderen. Niemand überfah die etwa zwanzig schwarzen unfelblichen Strohhütten mit den roten Bändern und die dito bewimpelten Mützen einiger Schussfänger des Heils. Eine merkwürdige Welt... heutzutage. Rechts am Bahndamm standen Sangesbrüder, einer mit dem C. R. I auf dem — Sporthemd, schmetterten und ein national angehauchtes Gruppelied entgegen. Raum war es verflungen, setzte die Schuttenkolonne, voran mehrere stark angezogene Offizierschwestern watschelnd, mit Klampfen und piependen Jungfrauenstimmchen ein. „O Herr, o mein Herr... Halleluja... Halleluja!“ Immer in der gleichen monotonen Feier. Wie ein automatisch aufgejagtes Orchester. Ob sie eine Ahnung hatten vom ewig Göttlichen in der Natur, im prangenden Frühlingwunder? So stumpf blickten die wasserhellen, vermurdeten Neuglein, so weitvergeben trapften sie durch den Chausseestaub. Und auch nicht ein einziges liebes, frisches, freies Kindergeicht sah ich unter den entstellenden Schuhen. Alles lachte über die Sandpartie der Heilsarmee. Es muß auch solche Heilige geben, in denen noch der gefesselte Geist lebt aus verflungenen Jahrhunderten.

Nachmittags. Im Kaffeegarten. Born über dem glühenden See prallter Sonnenbrand. Plötzlich schallt's von der Straße her: „O Herr mein, o Jesus mein... Halleluja... Halleluja!“ Wird der Reich vorübergehen? Geschlossen marschieren sie ein, lassen sich durch Wägen und Prozesse nicht hindern... die Kinder Jehovas. Brauen ihre warme Tünke, schnattern wie die Gänse und plärren alle fünf Minuten ihr Halleluja... Halleluja! Gott Strambach, haben die eine Ausdauer! Am Nebentisch nimmt einer ein ferniges Arbeiterlied an. Begeistert fallen Tügende ein. Ja, Frömmung, das ist etwas anderes... ist Kraft und Lebenskraft. Die Heilsarmeekolonne ist verstummt. Sie packen, räumen ab, verduften. Werfen vernichtende Blicke auf die schlechte Welt, die vom Herrn Jesus nichts wissen will, und schreien los. Natürlich wieder mit dem einträglichen, gräßlichen Halleluja.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter

Den Schluß des Berichts über die Stadtverordnetenversammlung tragen wir hiermit nach:

Stadtrat Coblenzer gab bekannt, daß der Magistrat zum Teil schon Vorzuschlägen auf die neuen Tariffrage angeordnet habe und erbat die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordneter Koch mißbilligte das Vorgehen des Magistrats, der die Vorzuschläge anordnete und es hinterher den Stadtverordneten überläßt, sich über die Deckung der erhöhten Ausgaben den Kopf zu zerbrechen und verlangte Ausschussberatung.

H. Runge (Deutschsozial) tritt für die Anträge ein und wendet sich gegen die Auswanderung des Volkes durch jüdische Aktiengesellschaften und Banken.

Stadtv. Dr. Leibig (D. P.) verlangte ebenfalls Ausschussberatung, die jedoch abgelehnt wurde. (Mit lebhaftem Beifall wird der aus der Unterhauptsache entlassene Abgeordnete Grolowitsch von seinen Parteifreunden begrüßt.)

Der Antrag der Kommunisten wurde mit 128 Stimmen gegen 48 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Genosse Zeitmer zog den Antrag der USPD-Fraktion zurück, da der Antrag Lehmann auf sofortige Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter auch die Guts- und Forstarbeiter einschließt.

Mit 116 gegen 25 Stimmen fand der Antrag Lehmann auf Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter Annahme. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wird der Antrag betr. Erhöhung der Beherbergungssteuer nach den Vorlagen des Magistrats angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, den Straßenbahnschaffnern ein wöchentliches Mantelgeld von 50 M. zu gewähren, wurde abgelehnt.

Umzug der städtischen Bibliothek

Die Darmstädter Bank siedelt vom Schinkel-Platz in den ehemaligen königl. Marstall am Schloßplatz, bzw. in der Breite Straße, über. Dieser Marstall ist bekanntlich vom Magistrat für Bibliothekszwecke, für das städtische Fuhrpark, die Erwerbslosenfürsorge, das Anschaffungsamt usw. vom Fiskus auf mehrere Jahre mit Optionsrecht gemietet worden. Der Fiskus ist damit einverstanden, daß dieser Mietvertrag auf die Darmstädter Bank übertragen wird, die den Ankauf plant. Das noch neue, moderne Bankgebäude der Darmstädter Bank am Schinkelplatz überläßt die Bank dem Magistrat für eine angemessene Miete. Es wird nun nach den Plänen des Stadtbaurats, Geh. Rat, Prof. Dr. Ludwig Hoffmann für Zwecke der städtischen Bibliothek vollständig umgebaut. Auch der Marstall erfährt einen totalen Umbau im Innern. Für diese Transaktion, Einrichtung neuer Räume usw. für die städt. Verwaltungen (Anschaffungsamt usw.) wird von der Bank für Handel und Industrie eine Entschädigung in Höhe von 12 Millionen Mark gezahlt.

Neue Preissteigerung für Hausbrand

Infolge der ab 1. d. Mts. eingetretenen 25prozentigen Bahnfrachterhöhung ist eine entsprechende Heraushebung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Die Preise betragen demnach mit Wirkung vom 2. d. Mts. Kichen- und Ofenbrand ab Lager 64.— M., frei Keller 65.— M., je Zentner, Gaskoks ab Lager 100,00 M., frei Keller 110,00 M.

Auch das Brot wird teurer

Aufgrund der Steigerung fast sämtlicher in Betracht kommenden Unkostenspannen schlägt die Ernährungsdeputation dem Magistrat vor, den Preis des Großbrots um 1,00 M., den Preis der Schrippe um 5 Pfg. und den Preis des Kichenmehls je Pfund um 60 Pfg. zu erhöhen.

Die Erdrosselung des Berliner Straßenhandels

Nachdem sich der Ausschuss für Ernährungsfragen am Mittwoch mit der Frage des Straßenhandels beschäftigt hat, steht es fest, daß in den nächsten Tagen etwa 150 weitere Straßen für den Straßenhandel verboten werden. Es ist dem Drängen und Treiben der Ladengeschäftsinhaber gelungen, mit diesen ihren volksfeindlichen Bestrebungen durchzudringen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, ist die Einengung des Straßenhandels ein Verbrechen am Volkskörper und wird die legitime Händlerkraft Protest gegen diese rigorosen Maßnahmen des Polizeipräsidenten einlegen. Die Unterhütung weitester Volkstricke wird erwartet.

Das Stadtbad Friedrichshain. An der Schillingstraße 2 ist am Freitagsonnabend, den 3. Juni, von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet. Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag (4.—6. Juni) bleibt die Anstalt geschlossen.

Keine schwarz-weiß-roten Fahnen mehr auf Personendampfern. Die schwarz-weiß-rote Flagge auf Spree- und Havelndampfern hatte vielen Anstoß erregt. Jetzt ist ein Abkommen getroffen worden, daß alle Personendampfer in und um Berlin, die nicht die schwarz-rot-goldene Fahne aufziehen wollen, die Heederel- oder Kreislafage führen. — Detschewer werden aber Segel- und Ruderboote der bürgerlichen Wassersportvereine die Ruderfahne hissen.

Verkärterter Straßenbahnverkehr an den Feiertagen. Bei gutem Wetter verkehren an den beiden Pfingstfeiertagen folgende Extrawagen der Straßenbahn:

Am 1. Feiertag:

Linie 19 E: 5.20, 5.35, 5.50, 6.05, 6.21 und 6.36 ab Hermanns-Ecke Steinmetzstraße bis Treptow, Platz am Spreetunnel.
Linie 89 E: 5.20, 5.40, 6.00, 6.20, 6.40 und 7.00 ab Gneisenau-, Ecke Bärwalddstraße bis zum Platz am Spreetunnel in Treptow.

Linie 21: 5.20, 5.40, 6.00, 6.20, 6.40 und 7.00 ab Rathaus-Brick bis Moabit.

Linie 22: 5.01, 5.16, 5.31 und 5.46 ab Könlische Allee bis Alexanderplatz.

Am 2. Feiertag:

Linie 19 E und 89 E wie am 1. Feiertag.
Linie 21: Um 6.00 und 6.40 ab Brick, Rathaus, bis Moabit.
Linie 22: 5.31 und 5.46 ab Könlische Allee bis Alexanderplatz.

Sonntagsverkehr der Linie 24 nach Tegel. Zur Erleichterung des Verkehrs nach dem vielbesuchten Ausflugsort Tegel auch von den westlichen Vororten und von Moabit aus über Schöneberg, Hauptstraße, Potsdamer Straße, Brandenburger Tor, Alt Moabit, Rathenower Straße, Perleberger Straße, Fennstraße, Weddingplatz läßt jetzt — wie bereits gemeldet — die Berliner Straßenbahn an den Sonntagen die Linie 24, zunächst versuchsweise, im 15-Minutenbetrieb nach bis Reinickendorf, Berliner Straße, bis nach Tegel fahren. — Fahrplan: Ab Dahlem bis Tegel von 7.30 bis 10.10 Uhr; ab Tegel bis Dahlem von 9.30 bis 9.54 Uhr; bis Steglitz, Mühlentstraße 10.54 bis 11.54 Uhr. Außerdem verkehren nach Bedarf noch Einschläge 24 E zwischen Alt Moabit, Ecke Werlstraße und Tegel.

Die Mitgliedsliste Nr. 3361 kam dem Genossen Gossow abhanden. Sie ist ungültig und beim Kaufmann anzuhalten.

Ueberrasch. Anz. vor Mitternacht wurde die 55jährige Witwe Klara R. aus der Fuhlerstraße in der Brunnenstraße vor dem Cafe Dornbold von dem Schlächter Hermann Sch. aus der Tiltstraße überfallen, am Halse gewürgt und ihrer Handtasche beraubt. Vorübergehende Passanten nahmen den Täter fest und führten ihn zur Wache. Bei dem Ueberfall wurden der Witwe R. u. a. auch ein Zahn ausgeschlagen. Der Täter wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Leichensund. Vorgefunden vormittag wurde in einem Hause der Gleditschstraße die Rentnerin Emma R., 76 Jahre alt, die schon seit einigen Tagen nicht mehr gesehen worden war, in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod infolge Herzschlags fest. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht.

Selbstmord. Vorgefunden in den späten Abendstunden wurde im Tiergarten in der Nähe des Luisenparkes ein etwa 30jähriger Mann mit einer Schussverletzung an der Schläfe aufgefunden. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, wurde er von einem Schutzpolizisten nach der Charité gebracht, wo der Arzt nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte. Bei ihm wurde ein Revolver mit sechs Patronen aufgefunden, der beschlagnahmt wurde. Da der Tote keinerlei Papiere bei sich hatte, konnten die Personalien bis jetzt nicht festgestellt werden. Er trug einen hellen Anzug, schwarze Stiefeln, grauen Hut, blondes Haar und hatte falsche Zähne.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-4000
Herrenschnüpf M. 1450-3000
Sport-Anzüge, Breeches, Sportgürtel



Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Stills autorisierte Uebersetzung von August Engel. Amerikanisches Copyright 1919 by H. Holt & Co., Berlin.

(80. Fortsetzung.)

Die Zeit nach Feierabend hatte ich für mich. Ich erzählte dann den Leuten der Werkstatte von meinem Leben auf dem Dampfer, gab Geschichten aus den Büchern, die ich gelesen hatte, zum besten und gelangte so unvermerkt, ehe ich's mich versah, zur Stellung eines anerkannten Erzählers und Vorlesers.

Ich hatte rasch erkannt, daß alle diese Leute weniger gelesen hatten und weniger wußten als ich. Sie waren fast ohne Ausnahme von Kindheit an in den Arbeitstäfzig gesperrt worden, indem sie noch immer saßen. Der einzige, Schicharew, war einmal in Moskau gewesen, von dem er in seiner eindringlichen, brummigen Weise so sagen pflegte:

„Moskau glaubt nicht an Tränen, dort heißt es auf der Hut sein!“

Die anderen waren höchstens bis Schuja oder Wladimir gekommen. Wenn die Rede auf Kasan kam, fragten sie mich:

„Sind dort viele Russen? Gib's da auch rechtgläubige Kirchen?“

Perm lag nach ihrer Meinung in Sibirien; sie wollten es nicht glauben, daß Sibirien jenseits des Urals liegt.

Von dort kommen die Zander und Störe, nicht wahr? Man fängt sie im Kaspiischen Meer — also muß doch der Ural am Meere liegen?“

Zuweilen kam es mir so vor, als machten sie sich über mich lustig — wenn sie beispielsweise sagten, daß England jenseits des Ozeans liege, oder daß Bonaparte ein Edelmann aus der Gegend von Kaluga gewesen sei. Wenn ich ihnen erzählte, was ich selbst gesehen, schienen sie mir öfters nicht recht glauben zu wollen. Sehr gern hörten sie schaurige Märchen und Geschichten mit recht verwickelter Handlung. Selbst die Aelteren unter ihnen sagten etwas Erdichtetes der nackten Wahrheit vor. Je unwahrscheinlicher die Ereignisse waren, desto aufmerk-

samer hörten sie mir zu. Die Wirklichkeit hatte für sie überhaupt kein Interesse, sie blickten alle schwärmerisch in die Zukunft und wollten von der Armut und dem Widerstand des Bestehenden nichts wissen.

Das setzte mich so sehr in Erstaunen, als ich den Widerspruch zwischen Leben und Buch bereits recht scharf herausempfand. Ich hatte nun schon eine ganze Anzahl lebendiger Menschen kennengelernt, wie sie in den Büchern vorkamen, einem Swurn, einem Heizer Jakob, einem Sektkeller Alexajtsch, einem Schicharew oder einer Wäsherin Natalia war ich dort nie begegnet.

In Dawidows Koffer fanden sich ein paar zerlesene Bände — Gollizinsis Erzählungen, Bulgarens „Zwan Wajtschin“ und ein Bündchen von Baron Brambeus. Ich las das alles laut vor, und es gefiel allen.

„Das Lesen verbannt Zänkereien und Earm,“ meinte Lartomytsch, „das ist gut!“

Ich suchte Bücher zu bekommen, wo ich irgend konnte, und las fast jeden Abend vor. Das waren schöne Abende. In der Werkstatte war es still wie in der Nacht, über den Tischen hingen, weißen, kalten Sternen gleich, die gläsernen Augen und beleuchteten die über die Tische gebeugten, zerknirschten oder kalten Köpfe — ich sehe die ruhigen, sinnenden Gesichter und nehme von Zeit zu Zeit ein Wort des Lobes für Rechnung des Verfassers oder des Helden entgegen. Die Leute sind sanftmütig und rücksichtsvoll gegeneinander, ganz anders als sonst. Ich liebe sie in diesen Stunden, und auch sie sind gut gegen mich; ich fühle mich wohl und heimisch unter ihnen.

„Zeit wir die Bücher haben,“ sagte Estanow einmal, „ist es bei uns wie im Frühling, wenn die Winterfenster herausgenommen sind und zum erstenmal die frische Luft ins Zimmer weht.“

Die Beschaffung der Bücher hatte ihre Schwierigkeiten — auf den Gedanken, sie aus einer Leihbibliothek zu entnehmen, kamen wir nicht. Ich wandte meine ganze List an, um den nötigen Lesestoff zu besorgen, und erbettelte mir Bücher, wo ich nur konnte. Eines Tages gab mir der Brandmeister der Feuerwehr den ersten Band von Vermonadows Werken: kein Buch lehrte mich so wie dieses die Macht der Poesie und ihren Einfluß auf die Menschen kennen.

Ich lese es noch, wie Estanow gleich bei den ersten Versen des „Dämons“ in Erreano aertet, wie er ab-

wechselnd in das Buch und in mein Gesicht schaute, den Fingel weglegte und die langen Hände zwischen die Arme pressend, sich schmunzelnd auf dem knarrenden Stuhle hin und her wiegte.

„Still, meine Lieben,“ sagte Lartomytsch, legte gleichfalls seine Arbeit beiseite und trat an Estanows Tisch heran, an dem ich las. Diese Dichtung ergriff mich schmerzlich und süß zugleich, die Tränen traten mir in die Augen, und die Zeilen verschwammen, die Stimme versagte mir den Dienst. Noch tiefer aber erregte mich die leise, gedämpfte Bewegung, die in der Werkstatte entstand; es war ein schweres Kreisen, wie die Wirkung eines starken Magneten, der alles nach mir huzog. Als ich den ersten Teil beendet hatte, sah ich fast alle um den Tisch herum stehen, eng aneinander geschmiegt, die Arme um den Nacken des Nachbarn geschlungen, mit einem Ausdruck, halb finster und halb lächelnd.

„Zimmer lies weiter, weiter!“ sagte Schicharew, während er meinen Kopf über das Buch beugte.

Ich las bis zu Ende. Als ich fertig war, nahm er den Band, betrachtete den Titel, schob darauf das Buch unter die Achsel und erklärte:

„Das müssen wir noch einmal hören, das Buch will ich aufheben.“

Er ging an seinen Tisch, schloß den Vermonadow in die Schutzblende ein und machte sich an seine Arbeit. In der Werkstatte war es still, jeder begab sich leise an seinen Tisch. Estanow trat ans Fenster, prekte die Stirn gegen die Scheibe und stand so eine ganze Weile, während Schicharew den Fingel wieder fortlegte und in seiner herben Weise sagte:

„Darin steckt Leben, ihr Anechte Gottes... ja!“

Und den Kopf zwischen die Schultern ziehend, fuhr er fort:

„Den Dämon könnte ich sogar malen: schwarz und zottig müßte er am Körper sein, die Flügel Feuerrot, wie Mennig, und das Gesicht, die Hände die Füße — bläulichweiß, wie Schnee im Mondschein...“

Die ganze Zeit aber, bis zum Abendbrot, drehte und wand er sich ganz gegen seine Gewohnheit unruhig auf dem Taburett, spielte mit den Fingern und führte allerhand unverständliche Reden vom Dämon, von Eva und den Weibern, vom Paradies und den sündigen Verfehlungen der Heiligen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Kasan, einst die Hauptstadt eines besonderen Tatarenreiches, hat heute etwa 175 000 Einwohner, von denen 30 000 Tataren sind.

Gewerkschaftliches

Provozierende Arbeitgeber im Einzelhandel

Der mit der Einzelhandelsvereinigung vereinbarte Lohn- tarif für Mai für die Handelshilfsarbeiter ist zum 31. Mai gekündigt worden. Die eingereichten Lohnforderungen für Juni betragen 40 bis 45 Prozent, so daß für einen verheirateten Arbeiter mit versorgungspflichtigen Kindern ein Wochenlohn von 1100 M. gefordert wird.

In der Erwartung, daß die Arbeitgeber auf Grund dieser Bescheidenen Forderung baldmöglichst die Verhandlungen mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband aufnehmen werden, teilten dieselben unter dem 31. Mai der Organisation mit, daß sie „keine Notwendigkeit sieht, die zurzeit bestehenden Lohnsätze zu erhöhen, da eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten seit dem Zeitpunkt, mit welchem der letzte Lohnvertrag getätigt wurde, nicht eingetreten ist.“

Zu den eingereichten Lohnforderungen und zu dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes hat die Mitgliedschaft des Einzelhandels am 1. Juni in einer überfüllten Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses Stellung genommen. Der von Vollmeier gegebene Bericht über das Verhalten der Arbeitgeber wurde mit kurzem Protest und Verurteilung der Arbeitgeber entgegengenommen und eine dementsprechende Resolution angenommen. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, sofort den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Entscheidung anzurufen. Es kam ferner zum Ausdruck, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um die Organisation stabil und schlagfertig zu halten, falls die Arbeitgeber es absichtlich zu den äußersten Komplikationen kommen lassen wollen.

Die Branchenversammlung beschäftigte sich ferner mit dem am 8. September d. J. in Berlin stattfindenden Verbandstag. Einige Anträge, Änderungen des Statuts und ein Antrag, daß der Vorstand dahin wirken soll, daß eine Änderung des § 139 I der Gewerbeordnung und § 9 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 eintreten soll, um den 6-Uhr-Tag durchzuführen, wurden einstimmig angenommen. Zum Verbandstag wurde einstimmig der Kollege Vollmeier als Kandidat gewählt.

In der am 8. Juni d. J. stattfindenden Frauenversammlung sollen die weiblichen Mitglieder noch einen Vorschlag für eine weibliche Kandidatin machen. Die Versammlung findet in den Büroräumen, Saal 4, parterre, Aufgang „B“, statt.

Schiedspruch für die Hochbahner

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern für das Fahrpersonal und die Arbeiter der Hochbahn nach längeren Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt. Danach ist den Fahrern und Schaffnern eine Stundenzulage von 1,50 bis 1,60 M., Handwerkern eine solche von 2,10 M. zugestimmt worden. Die Zulage für Verheiratete und der Kinderzuschuß wurden um 1 M. pro Stunde erhöht. Im Laufe der nächsten Woche werden sich die Angestellten der Hochbahn mit dem Schiedsspruch beschäftigen und entscheiden, ob sie ihm beitreten.

Zum Streik der Kinovorführer

Wegen Hungerlöhnen sind weiter gesperrt: Filmpalast Kammerstraße, Zeltoper Straße, Ode Belle-Alliance-Straße, Universal-Theater, Belle-Alliance-Straße 99, National-Theater, Friedrichstraße 10, Prater-Theater, Kastanien-Allee, Theater am Moritzplatz, Kammerlichtspiele Kastanien-Allee. Parzellgenossen, halbiert die Jugendlichen und Jugendlichen vom Besuch dieser Kinos zurück. Die streikenden Vorführer dürfen niemand einen Hinweis geben. Unterstützt uns in unserem Kampf um Brot! Deutsche Filmgewerkschaft.

Streik in den Konditoreien

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren teilt uns mit: Auf die eingereichten Lohnforderungen hatten die Arbeitgeber nur Lohn abtrifft. Deshalb ist am gestrigen Tage in einer Anzahl Konditorei-Betrieben der Streik zum Ausdruck gekommen. Mehrere Betriebe haben die Forderungen sofort bewilligt. Die Arbeitgeber wollen heute erneut zu diesen Forderungen Stellung nehmen. Sollte es zu keiner

Einigung kommen, wird der Streik sich über sämtliche Betriebe ausbreiten.

Die Löhne, die das Konditoreipersonal erhalten, sind wohl mit Ausnahme der der Preisseure die niedrigsten aller gewerblichen Arbeiter. Das laufende Publikum wird selbst entscheiden können, ob bei den Preisen, die in den Konditoreien verlangt werden, Hungerlöhne gezahlt werden müssen.

Zum Streik der Engroschlächter

Gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Parteien vor dem Demobilisierungskommissar blieben ohne Erfolg. Der Streik acht weiter.

Die Arbeitgeber- und bürgerliche Presse schwärzen von einem milden Streik. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Streik von den Gewerkschaften anerkannt und gestützt wird, weil es sich um eine berechtigte Aktion handelt.

Dem Streik wird die Verteuerung des Fleisches zur Last gelegt. Nach den Behauptungen der Arbeitgeber wird ohne Gesellen genügend Fleisch zur Verfügung stehen. Es wird also kein Lohn gezahlt. Da muß man doch annehmen, daß das Fleisch billiger wird. Trotzdem tritt das Gegenteil ein. Und warum? Weil den Streikbrechern pro Nacht 1000 M. Lohn gezahlt wird, weil die Engroschlächtermeister einen Aufschlag von 30-35% nehmen, der jeder Berechtigung entbehrt. Es ist festgestellt, daß verschiedene Meister am letzten Markttag bis 40 000 Mark an einem einzigen Tage verdienten. Also soviel, wie die streikenden Gesellen in einem halben Jahre Lohn verlangen.

Zum Kampfabluß in Süddeutschland Haltung des Metallarbeiterverbandsvorstandes durch den Beirat gebilligt

Der erweiterte Beirat unseres Verbandes ist am 26. Mai in Stuttgart zusammengetreten. Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete die süddeutsche Aussperrung. Gen. Dittmann berichtete über Verlauf und Abbruch dieser Bewegung. Dem Bericht folgte eine Aussprache, an der zahlreiche Redner teilnahmen und die den Vormittag und den größten Teil des Nachmittags ausfüllte. Am Schluß der Aussprache wurde in einer Erklärung die Haltung und Maßnahmen des Verbandes im süddeutschen Kampf vom Beirat einstimmig gebilligt. Sodann begann Schäfer mit seinem Vortrag über die finanzielle Stärkung des Verbandes.

USP-Buchdrucker!

Eine eingehende Nachprüfung des Hauptwählergebnisses hat ergeben, daß von den zu wählenden 28 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung bereits 27 im ersten Wahlgang gewählt sind. Davon entfallen 18 auf die Opposition und 19 auf die USP. Bleibt also die Nachwahl nur eines Delegierten übrig. Der Stimmzettel zur Nachwahl enthält 10 Namen und schreibt vor, daß nicht mehr als fünf Namen stehen bleiben dürfen. Das ist wohl richtig, läßt aber der Auffassung Raum, daß derselbe fünf Namen enthalten muß. Daß auch dadurch nicht wieder bezirren, der Stimmzettel darf auch weniger Namen enthalten, sogar ein Name genügt. Von der Opposition kommen nur noch zwei Kollegen in Frage, und da jede überzählige Stimme sich zu unseren Ungunsten auswirken muß, empfehlen wir, nur für die beiden Kollegen Garate und Wolf zu stimmen und alle anderen zu streichen. Der Aktionsaufruf

Deutscher Gitarbeiter-Verband Sektion Pnk. Nachdem nach mehrwöchigen Verhandlungen in der Fußbrande diese abgebrochen waren, haben die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß angerufen. Letzterer fällt einen Spruch, welcher dahin ging, daß auf die Aprilgehälter ein Zuschlag von 15 Prozent und für Juni auf die Aprilgehälter ein Zuschlag von 40 Prozent zu zahlen sind. Für Nebestunden für die angegangene halbe Stunde für Mai 7,- M. und für Juni 8,50 M. Wir bitten nun ausschließlich darauf zu achten, daß Tarifgehälter gezahlt werden. Tarife sind erhältlich auf unserem Büro Engel Nr. 23/24, Etfl. 4 Trpn., Aufgang C, in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Die Arbeitgeber haben die Aussperrung zum Sonnabend angeordnet. Für alle Aussperrten, sowie die zurzeit im Streik befindlichen Kollegen und die Betriebsräte sowie Funktionäre der noch arbeitenden Betriebe findet eine Versammlung am Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain statt.

Streik der Depeschenfahrer bei der „Cito-Verkaufsstelle“ R. W. Karlstraße 31. Wegen Lohnunterschieden befinden sich die Depeschenfahrer seit dem 1. Juni bei obgenannter Firma im Streik. Arbeiter! Reibet den Betrieb! Hebt Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Die Büroräume der Bezirks-Verwaltung Groß-Berlin sind am Sonnabend, dem 8. Juni, und Dienstag, dem 9. Juni bis 1 Uhr geöffnet.

Zentralverband der Angestellten. Eidgruppe Groß-Berlin. Während der Pfingsttage bleiben unsere Büroräume bis einschließlich Dienstag, den 8. Juni 1922 geschlossen.

Verwaltungsmitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Die nächste Sitzung der engeren Verwaltung findet nicht am Dienstag, den 6. Juni, sondern Mittwoch, den 7. Juni, abends 5 Uhr, im Verbandshaus, Zimmer 8, statt.

Verband der Sattler und Tapezierer. Das Büro ist am Pfingstsonntag nur bis 1 Uhr geöffnet.

Parteiveranstaltungen

13. März. Pfingsttag am 1. Pfingstfesttag im Hoftheater, Große Frankfurter Straße, 10 Uhr nach dem Bezirksflohmarkt und an den Hof zu haben. Eröffnung 5 Uhr. Gastredner. Die Delegierten zur Verbands-Generalversammlung können ihre Delegiertenkarte vom Gewissen Wenzels, Haller Str. 27, n. 4, abholen oder am Sonntag nach der Verteilung am Copernicus in Empfang nehmen.

Sonnabend, den 8. Juni.

Charakteristika-Exhibition. Große Ausstellung neuer Mitgliedsbücher sind die alten Bücher beim Gewissen Wenzels, Haller Str. 27, umgehend abzugeben.

Montag, den 5. Juni.

19. Verbandsrat (Abt. Pnk.). Am Montag (2. Pfingstfesttag) veranstaltet der Arbeiter-Verband (Pnk.) einen Ausflug nach Rande, Hoheloh bis Bernau, von da Fuhrpark. Treffpunkt morgens 6 1/2 Uhr, Bahnhof Borsigwalde. Die Parteigenossen, insbesondere die Eltern der Arbeiter, werden ersucht, recht zahlreich daran teilzunehmen.

Bereinskalender

Sonnabend, den 3. Juni.

Stiele Lehrervereinigung. Abends 7 Uhr, Malteusstr., Begrüßung der auswärtsigen Mitglieder des Gesamtverbandes.

Sonntag, den 4. Juni.

Arbeitslose Gemeinde. Vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Schlichtstraße. Treffpunkt bei Herrn J. Adamski: Post 400 Köpenick und Berlin. Harmonium-Übungen (Bogner). Vespergottesdienst 16. Uhr, im Rathaus des Herrn Dr. H. Hofen beim Christentum und Heidentum. - Gäste willkommen.

Jugendbewegung

Wohnstätte (Kolonienverband). Treffpunkt der Teilnehmer für Frauen Sonnabend 10 Uhr abends, 231. Straße. Sa. Vorkonferenz-Tagung. Die Teilnehmer für Frauen treffen sich am nächsten Sonntag 9 1/2 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktionen: Emil Haub, Berlin; für den Inhalt: Karl Liebknecht; für die Druckerei: Ludwig Kaminer, Berlin. - Verlag: „Freiheit“, Berlin, G. M. B. H. Berlin. - Preis: von 20 Pfennig bis 2 M. 50 Pfennig. Berlin G. M. B. H. Nr. 25.

Wie das Verbrechen verübt wurde

Eine zusammenfassende Darstellung des gesamt. Untersuchungs materials mit ausführlichem Prozessbericht enthält die Schrift

M O R D

Karl Liebknecht

Rosa Luxemburg

Mit Portraits der Ermordeten und Bildern der Angeklagten 115 Seiten stark, gut kartoniert Preis 12.- M.

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2, Breitestr. 8-9

Wagenleiden!
Das Magenleiden, das die Ursache aller Krankheiten ist.
Stomachoxon
In Apotheken! Prospekt gratis!
A. Dorfstecher & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.

Hayfulbrennen
wird als Kropfgefahr, verbunden mit Juckreiz, dieser ist heutzutage ein gefährliches Leiden. Es ist gut im Frühstadium, wenn es noch nicht zu weit fortgeschritten ist, durch die Anwendung von Hayfulbrennen zu heilen.

SOEBEN ERSCHIEN:
JOHN REED
10 Tage, die die Welt erschütterten
LENIN
sagt über diese packende Schilderung der Revolutionstage des Oktobers 1917: „Ich habe das Buch mit größtem Interesse und ungeteilter Aufmerksamkeit gelesen und empfehle dieses Werk, das ich in Millionen von Exemplaren verbreitet und in alle Sprachen übersetzt wissen möchte; denn es gibt eine richtige und ungewöhnlich anregende Darstellung der Ereignisse, die für das Verständnis des Wesens der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von erster Bedeutung sind.“
263 Seiten Preis: broschiert Mk. 25.-, geb. Mk. 40.-
für Organisationen: „ „ 22.-, „ „ 30.-
10 Abbildungen
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den **Verlag Carl Heyn Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg 8**

Kleine Anzeigen
Der Aufst
Gesamt-Verband
Kaufgeschäfte
Verloren
Fahrräder
Möbel
Kaufgeschäfte
Verloren